

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungskarte Nr. 40694, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viereckige Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 104

Wittwoch, den 4. Mai 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rußland und Japan.

Der Krieg zwischen Rußland und Japan, der nunmehr schon fast drei Monate dauert, ist in sein zweites, entscheidendes Stadium getreten: der Landkrieg, auf den die Russen nach ihren Misserfolgen zur See ihre ganze Hoffnung gesetzt haben, hat seinen Anfang genommen. Aber auch hier ist das Kriegsglück zunächst den Japanern hold gewesen. In fünfzig blutigen Tagen ist es ihnen gelungen, den Uebergang über den Salu zu erzwingen und die Russen unter schweren Verlusten aus ihren starken Stellungen am mandchurischen Ufer des Flusses herauszuwerfen und zum Rückzuge zu zwingen. Die Art und Weise, wie die Japaner den Uebergang über den Salu bewerkstelligt haben, läßt erkennen, daß sie den Russen in jeder Beziehung weit überlegen sind — in der Kriegsführung wie an Zahl. Obgleich die Japaner seit dem 23. April ihre Operationen zur Ueberschreitung des Flusses begonnen haben, scheinen die Russen doch über den eigentlichen Plan der Japaner noch im Unklaren geblieben zu sein und mit durchaus ungenügenden Kräften dem Hauptangriff des Feindes Widerstand geleistet zu haben. Die Russen haben nach hartnäckigem Widerstand eine Position nach der anderen räumen müssen und sind in der Richtung auf Fongwanischang zurückgegangen; auch die von ihnen sehr stark befestigten Verteidigungswerke bei Antung konnten nicht gehalten werden, und die russische Armeeleitung mußte sich dazu entschließen, offenbar um diesen wichtigen Stützpunkt mit den von ihnen aufgeführten Befestigungen nicht in die Hände der Japaner fallen zu lassen, die Stadt in Brand zu stecken. Dieser Zwischenfall gibt einen Vorgeschmack von der Erbitterung und Rücksichtslosigkeit, mit der auf dem neuen Kriegstheater in der Mandchurei der Kampf geführt werden wird. Die Opfer, die diese mehrtägigen Kämpfe gekostet haben, lassen sich zur Stunde natürlich noch nicht überschätzen; nach einem Montagmorgen um 7 Uhr von Tokio aus bekanntgegebenen Berichte des Generals Kuraki haben die Russen über 800 Mann verloren. Zwei russische Generale wurden verwundet, mehr als 20 Offiziere von den Japanern gefangen genommen, 28 Schnellfeuergeschütze und 8 Maschinengewehre erobert.

Bei der Fülle der Nachrichten, die vorliegen, ist es für uns selbstverständlich völlig ausgeschlossen, jede einzelne wiederzugeben. Wir begnügen uns deshalb damit, den offiziellen Bericht der Japaner über den Saluübergang unter diesen Umständen zu unterbreiten, zumal der ausführliche russische bisher noch ausbleibt. General Kuraki, der Führer der ersten japanischen Armee, berichtete nach Tokio, daß die Abteilungen der kaiserlichen Garde und der zweiten Division, um die Vorbereitungen für das Brückenschlagen treffen zu können, den Feind am 26. April auf den kleinen Salu-Sümpfen angriffen und vertrieben und die Inseln besetzten. Von der Garde wurden 9 Mann leicht, 16 schwer verwundet; die zweite Division hatte keine Verluste. Der Feind nahm bei seinem Rückzug viele Tote und Verwundete nach Kulientcheng mit. Ein gefangener Kavallerist sagte aus, daß das 22., 23. und 27. Infanterieregiment der offizierslosen Schiffschützen die Avantgarde bildeten. Lieutenant Senjow, der Kommandeur der berittenen Schützen des 22. Regiments, wurde tot aufgefunden und in Widschu begraben. 95 tote und 6 lebende Pferde wurden gefunden. Von Mittag bis zum 27. April feuerte der Feind mit Unterbrechungen auf Widschu. Das Feuer blieb unerwidert. Am 26. April gingen zwei Kanonenboote und zwei Dampfer, die vom Geschwader des Admirals Hosoja detachiert waren, den Salu aufwärts und wechselten Schüsse mit dem Feind bei Antuschau, dessen Feuer sie zum Schweigen brachten. Diese Abteilung erlitt keinen Schaden. Am 28. April unternahmen zwei Infanterie-Kompagnien von der Garde eine Rekognoszierung auf Husan. Der Feind floh, 5 Tote zurücklassend; er feuerte aus großer Entfernung aus der Nachbarschaft von Kulientcheng ohne Erfolg auf unsere vorbereitenden Arbeiten. Am 29. April fing die 12. Division bei Sutschschin an, Brücken zu schlagen; sie war am frühen Morgen des 30. April damit fertig, worauf die Armee mit dem Uebergang begann. Von 10 Uhr 40 Minuten vormittags bis 1 Uhr 20 Minuten nachmittags wurde heftig von allen Seiten geschossen, aber der Feind war bald zum Schweigen gebracht. Unser Verlust betrug 5 Offiziere leichtverwundet; von Unteroffizieren und Mannschaften 2 getötet, 22 verwundet. Um 8 Uhr abends desselben Tages war die Brücke über den Hauptstrom fertig. Die Armee ging hinüber und gegen Husan vor. An demselben Tage ging eine Abteilung des Geschwaders des Admirals Hosoja bis unterhalb Antung-Hien vor und schloß mit 400 Mann Infanterie und Kavallerie auf nahe Distanzen; ebenso wurden sie von Artillerie heftig beschossen. Aber nach einer Stunde zog sich der Feind zurück. Unsererseits war hierbei kein Unfall zu verzeichnen.

Mit Tagesanbruch am 1. Mai beschossen wir die feindliche Artillerie auf einem Hügel im Nordwesten von Juschukou und brachten sie zum Schweigen. Um 7 Uhr 30 Minuten gingen alle Divisionen zum Angriff vor und besetzten um 9 Uhr 30 Min. die Höhen von Kulientcheng bis nördlich von Waku und Juschukou. Ein ergänzender Bericht Kurakis besagte dann noch: „Im Laufe der Kämpfe am 1. Mai leisteten die Russen an zwei Punkten hartnäckigen Widerstand. Die feindlichen Streitkräfte umfaßten die ganze dritte Division, zwei Regimenter der 6. Division, eine Kavallerie-Brigade und ungefähr 40 Schnellfeuergeschütze. Wir eroberten 28 Schnellfeuergeschütze sowie eine große Anzahl Gewehre und viel Munition. Ferner nahmen wir mehr als 20 Offiziere, eine große Zahl Unteroffiziere und Soldaten gefangen. Ich ersahre, daß die Generale Saffulitsch und Kaschtalinski verwundet sind. Unsere Verluste betragen ungefähr 700 Mann, die der Russen über 800.“

Sonntag Vormittag 11 Uhr wurden die Russen dann gezwungen, Antung aufzugeben. Sie setzten die Stadt in Brand und zogen sich auf Fongwanischang zurück. Die Japaner beobachteten scharf die Salumündung. Aus Paris wird dazu noch gemeldet: Den Befehl, Antung in Brand zu stecken, gab General Kaschtalinski. Große Vorräte waren in Antung angehäuft. Man erwartet neue Gefechte, da die Japaner nach Norden vorrücken und auch nach Westen Truppen entsenden.

Nach einer Reuters-Meldung führen russische Ingenieure z. Bt. unter Verwendung chinesischer Arbeitskräfte, am Liao-Flusse drei Meilen von Singmintung Befestigungswerke auf; auch zwei Meilen von Kupentse, wo sich ein permanentes russisches Lager befindet, sind Befestigungsarbeiten im Gange. Die Eisenbahnlinie wird von 180 Mann abpatrouilliert.

Die von einer besonderen Kommission vorgenommene Untersuchung über die Gründe des Unterganges der „Petropawlowsk“ ergab, wie der Statthalter Alexander dem Zaren drabete, daß das Panzerschiff zweifellos auf eine vom Feinde gelegte Mine geraten ist, die sich in dem Bereich befand, den die Flotte zum Manövrieren zu benutzen pflegt, wenn sie auf der See dem Feinde entgegenfährt. Die Folgen der Explosion dieser Mine unter den Apparaten und Kammern im Vorderteil des „Petropawlowsk“ waren nach der Ansicht der Sachverständigenkommission aufeinanderfolgende Explosionen der Schießbaumwolle in den an Bord befindlichen Minen und in den zwölfbölligen Geschossen, sowie Explosionen der Pulver- und Patronenkammer und der Zylinderkessel. Alle Explosionen erfolgten im Laufe von zwei Minuten. Hieraus resultiert das von den Japanern erfasste Panzerschiff in den Fluten.

Das unter dem Befehl des Admirals Kamimura stehende japanische Geschwader ist am 26. v. M. in Genzan eingetroffen und hat infolge des beständigen Nebels die von ihm beabsichtigte Beschießung von Wladiwostok nicht ausführen können. Als das Geschwader erfuhr, daß der „Kinschin Maru“ überfällig war, (inzwischen hat sich bekanntlich bereits herausgestellt, daß die ausgelaufene russische Wladiwostokflotte das Schiff in Grund gebohrt hat. Red. d. L. B.), verließ es am 27. April wieder den Hafen, um das Schiff zu suchen und kam wiederum bis dicht vor Wladiwostok, kehrte dann jedoch wegen andauernden Nebels nach Genzan zurück.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 2. Mai 1904.

Der Reichstag wies die am Montag gebräuchliche Leere auf. Nach dem Börsen-Intermezzo wurde die zweite Staatsberatung wieder aufgenommen und beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern fortgesetzt. Einer der Führer der Zollmehrheit, der Sanft Baasche von den Nationalliberalen, kündigte für die 3. Lesung einen Antrag an, wonach die Zölle im Etat um 20 Millionen höher eingeseht werden sollen. Die Reichsbehörden und namentlich die Regierungen der kleineren Bundesstaaten scheinen diesem Antrag nicht unsympathisch gegenüber zu stehen. Aber im Hause fand Herr Baasche weder bei der Rechten, noch bei der Linken, noch beim Zentrum Gegenliebe. Herr v. Kardorff benutzte die Gelegenheit, den Einzelstaaten als Hilfsmittel gegen ihre Finanznot die Kündigung der Handelsverträge zu empfehlen, während Genosse Dr. David mit Recht betonte, daß die Finanznot ein vortreffliches Heilmittel ist, um den Bundesregierungen die Schädlichkeit der überliegenden Weltpolitik einzubläuen. — Bei der Zuckersteuer kam es zu einem kleinen Spätkampfe zwischen den Vertretern des freisinnigen Handelsinteresses, den Hogg, Götzein und Rommelen auf der einen, und den Vertretern der agrarischen Zuckerindustrie, den Herren v. Standy, Holz, Speck auf der andern Seite, während der Schatzsekretär

v. Stengel und Abg. Dr. Baasche sich in der Vermittlerrolle gefielen. Die von den Abg. Kulerski (Pole) und Werner (Ant.) angeregte Aufhebung der Salzsteuer gab dem wohlbeleibten Herrn Camp von der Reichspartei Veranlassung, über Nuhlen um die Wählergunst zu philosphieren. Bei der Brauksteuer kritisierte Dr. Pachnick von der freisinnigen Vereinigung den bekannten Flaschenbier-Erlaß.

Um 6 Uhr wurde die wenig anregende und wenig angeregte Verhandlung auf den folgenden Tag vertagt.

St. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Stengel. Bei Eröffnung der Sitzung sind etwa 15 Abgeordnete anwesend.

Die zweite Staatsberatung wird fortgesetzt bei dem Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Dr. Arendt (AB.) weist als Berichterstatter der Kommission darauf hin, daß nach den Beschlüssen der Budgetkommission über die kleine Finanzreform die Zölle als eigene Einnahmen des Reiches verwendet werden sollen, ebenso wie die Tabaksteuer. Die Einnahmen aus den Zöllen sind um 20 Millionen, aus der Zuckersteuer um 10 Millionen und aus der Maischottsteuer um 2 Mill. heraufgesetzt worden.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Hug (B.) erwidert

Reichsschatzsekretär Freiherr v. Stengel, daß eine Revision des Zollvereinsgesetzes in Vorbereitung, aber noch nicht zum Abschluß gelangt sei und daß bei der Neuregelung auch neue Bestimmungen über den Veredelungsverkehr getroffen werden.

Dr. Baasche (AL.) weist auf die Erregung in Süd- und Mitteldeutschland hin, die dadurch hervorgerufen ist, daß die Budgetkommission die nach Erhöhung der Verbrauchs-, Zucker- und Maischottsteuer noch ungedeckt bleibenden 17 Millionen zu den 26 Millionen ungedeckten Matricularbeiträgen hinzugeschlagen hat. Eine Verbilligung könnte dadurch herbeigeführt werden, daß statt 500 Millionen 520 Millionen für Zölle und Verbrauchssteuern in den Etat eingeseht würden. Er behalte sich einen dahingehenden Antrag für die 3. Lesung vor.

v. Kardorff (AB.) wendet sich gegen diesen Vorschlag des Vorredners. Seien die kleinen Staaten wirklich beunruhigt, so sollten sie nur ordentlich auf Kündigung der Handelsverträge dringen. Bisher habe der Bundesrat in dieser Richtung leider garnichts getan.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel erklärt, er werde zum Antrag Baasche erst in dritter Lesung Stellung nehmen und weist den Vorwurf des Abg. v. Kardorff, daß der Bundesrat nichts zur Umbahnung neuer Handelsverträge getan habe, entschieden zurück.

Speck (B.) bedauert, daß seinerzeit der Antrag nicht angenommen worden ist, für das Inkrafttreten des Zolltarifs einen bestimmten Termin festzusetzen. Für den Antrag Baasche werde seine Partei wohl nicht zu haben sein. Gerade die Anleihenwirtschaft, die Herr Dr. Baasche bekämpft, werde durch seinen Vorschlag gefördert.

Schatzsekretär v. Stengel erklärt, daß die Vermehrung der ungedeckten Matricularbeiträge um weitere 17 Millionen bedeutet für die Einzelstaaten eine außerordentlich schwere Belastung. Sachsen werde dem kaum zustimmen können.

Dr. Baasche (AL.): Obwohl ich im Hause bisher keine Zustimmung erhalten habe, sondern nur beim Bundesrat, halte ich meinen Antrag aufrecht. Denn ich bin überzeugt, daß die Zölle in der Tat mehr bringen werden. Auch wenn die Handelsverträge nach Herrn v. Kardorff Wunsch heute gekündigt würden, würden wir doch keinen Pfennig mehr in den Etat einstellen können.

Dr. Pachnick (BvG.) wendet sich energisch gegen den Antrag Baasche. Der ganze Streit sei doch nur ein formaler. Denn wenn die Einnahmen aus den Zöllen wirklich steigen, so bekommen die Bundesstaaten den entsprechenden Betrag zurückgezahlt. Wir freuen uns darüber, daß die Handelsverträge noch nicht gekündigt sind und uns der Bundesrat nicht in Zollkriege geht hat.

Dr. David (SD.): Auch wir stehen der Anregung des Abg. Dr. Baasche vollkommen ablehnend gegenüber. Denn wir haben gar keinen Grund zu wünschen, daß die Beunruhigung über die Reichsfinanzen in den Einzelstaaten veranlassen, auf größere Sparsamkeit bei der Weltpolitik des Militarismus und Militarismus im Reiche hinzuwirken und sie der Einführung direkter Reichssteuern, der Einkommen- und Erbschaftsteuer geneigter zu machen. Herr v. Kardorff hat ja neulich schon mit bemerkenswerter Offenheit erklärt, daß der Inlandspreis gleich Weltpreis plus Zoll sei oder sein müsse. Auch heute verspricht er sich von der Erhöhung des Getreidezolls wesentlich erhöhte Einnahmen für die Reichskasse, d. h. eine wesentliche Verteuerung der Landwirtschaftsprodukte, die den Brodkonsumenten, den kleinen Leuten, den Armen und Fremden zur Last fielen. Es ist ja möglich, daß Deutschland im Stande wäre, seinen eigenen Bedarf an Getreide zu decken, aber sicherlich nicht ohne die Produktivität zu vermindern. Das hat ja Herr v. Kardorff zugegeben, als er sagte, die Landwirtschaft könne sich nur ausbreiten, wenn die Getreidepreise stiegen. In bezug auf die landwirtschaftlichen Produkte, die — abgesehen von den Nahrungsmitteln — die Industrie braucht, steht Deutschland auf einer dreimal

so großen Fläche, wie es der Flächeninhalt des Reichs ist. Hier würden die Mehrkosten und Mehrarbeit, die angewendet werden müßten, um, wenn möglich, den Bedarf zu decken, ungeheurer sein. Eine solche Verteuerung der Nahrungsmittel können wir nicht mitmachen. Wir wollen direkte Reichssteuern, darum bedürfen wir des Antrages Baasche nicht. (Bravo! h. d. Soz.)

v. Kardorff (N.B.): Dem Herrn Vorredner möchte ich erwidern, daß eine Brotvermehrung für die Landwirtschaft eine Mehreinnahme von 150 Millionen bedeutet, die sie für den Ankauf industrieller Produkte und für Erhöhung der Arbeitslöhne in der Landwirtschaft verwenden kann.

Dr. Wolff (Wirtschaftl. Vereinig.) bestreitet, daß die Landwirtschaft den eigenen Bedarf des Landes nicht decken könne.

Dr. David (S.D.): Herr v. Kardorff gebe ich gern zu, daß die ländlichen Arbeiter eine weit bessere Bezahlung verdienen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nur fürchte ich, daß jede Erhöhung ihrer Einnahmen in den Taschen der großen Gutsbesitzer verschwinden wird. Wenn Herr von Kardorff eine höhere Bezahlung der Landarbeiter wünscht, so sollte er mit uns für deren Koalitionsrecht eintreten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ein Versuch, ob die deutsche Landwirtschaft den Gesamtbedarf sowohl an Nahrungsmitteln wie an Rohmaterialien decken kann, wäre ein gewagtes Experiment zum Schaden der breiten Masse der Bevölkerung. (Bravo! h. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Der Kommissionsantrag wird angenommen. Die Tabaksteuer wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Zuckervereuerung.

Mommsen (S.Bg.) verbreitet sich über den Zuckerexport über Danzig aus Rußland. Der Export dieses Zuckers, der nach England, Amerika und Kanada geht, ist von 1885-1902 von 140 000 auf 505 000 Zentner gestiegen. Ein Verbot des Vermahlens russischen Zuckers in Danzig würde den Zuckerinteressenten gar nichts nützen, da Rußland und Norwegen, wo Danzig diesen Zucker hauptsächlich unterbringt, nicht zur Zuckerkonvention gehören. Außerdem würde durch dieses Verbot der schwer dar- miederliegende Danziger Handel noch mehr geschädigt werden.

v. Staudy (S.): Die Rechte hat schon früher die schwersten Bedenken gegen die Brüsseler Zuckerkonvention gehabt. Und angesichts der Tatsachen, daß der Zuckerpriß gesunken, der Export wahrscheinlich zurückgegangen und der Import bedeutend gestiegen ist, bezweifeln die Sachkenner, ob die deutsche Zuckerindustrie überhaupt noch existenzfähig sei. Jedenfalls müsse die deutsche Zuckerindustrie gegenüber dem Handel geschützt werden. (Bravo! rechts.)

Schäskretiar Frhr. v. Stengel: Die Befürchtungen, die an die Brüsseler Konvention geknüpft wurden, entsprechen den Tatsachen in keiner Weise. Ein Rückgang des Exports ist nicht eingetreten und der Import ist im Januar d. J. bereits auf 715 Doppelzentner zurückgegangen. Zweifellos ist aber die Steigerung des Inlandsverbrauchs und darauf ist der Hauptwert zu legen. Wenn die Produktion in den richtigen Grenzen bleibt und der innere Absatz noch weiter gestärkt wird, dann ist der Abschluß der Brüsseler Konvention eine Tat des Segens für Deutschland gewesen. (Bravo! links.)

Speck (S.) protestiert gegen die Behauptung des Abg. Mommsen, daß die Zuckerindustrie den Handel schädigen wolle.

Gothain (S.Bg.): Das Vermögen des russischen Zuckers in Danzig bringt der deutschen Zuckerindustrie keinen Schaden, der Stadt Danzig dagegen große Vorteile. Wird der Handel in Danzig unterbunden, so sieht er sich einfach nach Lüben. Und dadurch werden nur die Dissee- redereien und die preussischen Staatsbahnen geschädigt. (Sehr richtig! links.)

Holz (Sp.): Der Inlandskonsum hat sich ja schon gehoben. Aber was nützt uns Export und Inlandskonsum, wenn sie zu Preisen gegeben werden, bei denen wir nicht bestehen können? In erster Linie muß doch der Produzent auf seine Kosten kommen. Als wir noch die Zuckerprämie hatten, konnten wir mit Rußland konkurrenzieren, jetzt hat es uns z. B. den japanischen Zuckermarkt völlig genommen. Wir wünschen schon als Verbraucher das Gedeihen Danzigs; es darf aber eine schmerzende Industrie nicht noch mehr schädigen. (Bravo! rechts.)

Die Abg. Speck (S.) und Gothain (S.Bg.) diskutieren darüber, wer von ihnen ein „parteilicheres Herz“ habe und wer das andere Herz kenne.

Dr. Baasche (N.B.) betont, daß die Zuckerindustrie keinen Anlaß habe, trübe in die Zukunft zu blicken. Wir haben zwar den kanadischen und nordamerikanischen Markt verloren, aber nicht durch die Brüsseler Konvention. Allerdings hätten wir von Amerika auf Grund der Reichsbegünstigung dieselben Zollermäßigungen verlangen sollen, die Amerika Cuba zugestanden hat.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag der Kommission wird angenommen. Bei dem Anl. „Salzsteuer“ erklärt sich

Ulinski (Pol.) gegen alle Verbrauchsabgaben, insbesondere die Salzsteuer, die nach Lausitz die Interessen der Armen bedroht.

Berner (Am.) tritt für Erhöhung der Steuern auf Champagner, reure Cigaretten u. und der Karamellsteuer ein.

Camp (N.B.): Es wird gewiß einen sehr guten Grund machen, wenn die beiden Vorredner ihre Reden in ihrem Wahlsitze verbreiten lassen. (Beide Redner werden sich a tempo zum Wort. Dr. Harn.) Die Herren haben nur vergessen, daß meine Parteifreunde die Aufhebung der Salzsteuer schon vor langen Jahren verlangt haben. Mit der Beherrschung der Automobile bin ich einverstanden, die Automobile dürfen nur nicht einkaufend werden. (Gehört.)

Nachdem die Abg. Berner (Am.) und Ulinski (Pol.) gegen den Abg. Camp polemisiert haben, wird der Anl. „Salzsteuer“ bewilligt.

Bei der „Kohlensteuer“ tritt

Dr. Baasche (S.Bg.) den preussischen Kohlenhändler entgegen. Wenn man seinen gehen wolle, den Kohlenhändler zu bestrafen, so würden dadurch die Einnahmen des Reichs geschädigt. Der Kohlenhandel mit Preußen sei ohnehin verboten und die Steuerbedingung genügt zur Befriedigung von Preußen auf diesem Gebiet.

Der Anl. des Glas wird ebenfalls bewilligt, ebenso der Anl. der Reichs- und Provinzialsteuern.

Der Anl. des Glas in zweiter Lesung auf Dienstag 1 Uhr. Außerdem Einbringung ansgelagter Verhafteter.

Ende 6 Uhr.

Kollaboten“ lesen wir: „Wie man uns mitteilt, ist dem „Bulkan“ in der vorigen Woche von einer Rigaer Firma der Bau zweier russischer Kriegsschiffe in Auftrag gegeben worden. Die Beamten des „Bulkan“ sollen sogar bezüglich dieses Auftrages verpflichtet worden sein, Schweigen zu bewahren. Wir begreifen nicht, warum den Beamten diese Schweigepflicht auferlegt worden ist. Denn der „Bulkan“ darf solche Aufträge dreist entgegennehmen. Und ein Verstoß gegen die Neutralität in Bezug auf den russisch-japanischen Krieg liegt auch nicht vor. Erst die Ablieferung dieser Schiffe während des Kriegszustandes wäre ein solcher Neutralitätsbruch, den die Reichsregierung zu verhindern hätte. Etwas anders liegt es aber mit gewissen Arbeiten, die wie Massenartikel auf dem „Bulkan“ z. B. angefertigt werden. Es sind das Arbeiten, die augenscheinlich als Einzelteile für den Bau von Torpedobooten oder Torpedojägern bestimmt sind. Diese sämtlichen Arbeiten werden sehr beil und sollen augenscheinlich als „Halbfabrikate“ nach Rußland wandern, wo man die einzelnen Teile dann zu Maschinen für Torpedobooten zusammenfügt. Werden diese Arbeiten resp. „Halbfabrikate“ also noch während des Kriegszustandes zwischen Rußland und Japan vom „Bulkan“ an russische „Privatleute“ abgeliefert, so läge darin ein Bruch der Neutralität, der ohne Zweifel von der Reichsregierung verhindert werden müßte. Daß also diese Arbeit: schnell zu liefern, vorliegt, geht aus der Eile, mit der die Arbeiten betrieben werden, hervor. Es scheint, daß mit der russischen Arbeit auch gleich die russische Arbeitszeit auf dem „Bulkan“ eingeführt ist. Denn die einzelnen Arbeiterkategorien, die an diesen eiligen Arbeiten beschäftigt sind, arbeiten häufig von morgens 5 Uhr bis abends 9 Uhr.“ — Es ist dringende Pflicht der deutschen Regierung diesen Vorgängen ihre regie Aufmerksamkeit zuzuwenden. Vielleicht schärft eine Anfrage im Reichstage das neutrale Gewissen der Bülow Regierung. — Eine Petersburger Meldung vom 22. April verbreitete bekanntlich die Nachricht, daß die Schichau-Werft in Danzig acht Torpedoboot, die sie für die deutsche Regierung baue, an Rußland verkauft habe, da Deutschland von dem Lieferungsvertrag mit der Werft zurückgetreten sei. Die Schichau-Werft in Danzig bemerkt erst jetzt — nach zehn Tagen — diese Nachricht. Ein Regierungs-Dementi wäre jedenfalls angebracht und überzeugender gewesen. Wir legen deshalb noch immer die Erwartung, daß auch die Regierung noch Veranlassung nehmen wird, sowohl die russische Nachricht wegen der Schichau-Werft als auch die untreue Partei-Organen wegen des „Bulkan“ in aller Form zu dementieren.

Eine Kanzlerkrise ist nach der Behauptung einer Berliner Korrespondenz in Sicht. Die Gründe für dieses Scheitern sollen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik liegen. — Es bleibt abzuwarten, inwiefern die Behauptung der Korrespondenz zutrifft. Im Ubrigen bleibt es auch so ziemlich schwebend, ob Bülow oder ein anderer die deutsche Politik mit seinem Namen deut: Deutschland wird nach wie vor das Land der unbegrenzten Möglichkeiten bleiben.

Für die Reichstags-Erhaltwahl in Frankfurt a. O. - Lebas ist nach dem „Vorwärts“ Senoffe Dr. Heinrich Braun, dessen Mandat jedoch vom Reichstag für ungültig erklärt worden ist, wieder als Kandidat einstimmig aufgestellt worden. Schon am 1. Mai ist ein Flugblatt in 40 000 Exemplaren verteilt worden. In der Wähler-versammlung, in der die Wiedererwählung Brauns erfolgte, herrschte nach dem „Vorwärts“ die Ueberzeugung, daß der Kampf um das Mandat mit der ärgsten Entschlossenheit geführt werden werde. Mit aller Sicherheit könne gesagt werden, wie auch der Wahlscheitler sich gestalten möge, es werde in diesem Wahlkreis eine mächtigere Agitation als jemals zuvor sich entfalten. Wie es heißt, soll die Erhaltung schon auf den 13. Mai angesetzt sein.

Der nationale Zuchtstall. Es soll wieder einmal etwas verboten werden. Mit Eifer ist der preussische Staat daran, alles alte revolutionäre Unkraut aus seiner Gesetzgebung auszurotten, und man wird in Preußen bald einen Preis ausschreiben können für die Entdeckung von irgendwas, was noch erlaubt ist, und was man verboten konnte. Die Scherprelle bringt die Nachricht, daß durch eine Abänderung des geltenden Versammlungsrechts der Gebrauch von nichtdeutschen Sprachen in öffentlichen Versammlungen verboten werden sollte. Der Schötag gilt dem Polen, er trifft aber mit ihnen die Interessen der ganzen Arbeiterschaft. Nimmt man den preussischen Staatsbürgern polnischer Nationalität die Möglichkeit, politische und wirtschaftliche Angelegenheiten in der Sprache, die ihnen am verständlichsten ist, öffentlich zu diskutieren, so bedeutet das für jenen Teil der Polen, den die ihnen angebotene Verhandlungssprache am wenigsten geklärt ist, den allerhöchsten Schlag. Für diesen Teil, nämlich für die polnischen Proletariat, ist ein solches Sprachverbot eine vollständige Aufhebung ihres Versammlungsrechts nahezu gleichwertig. Sie, die die Erlernung der deutschen Sprache nicht aus aus bürgerlich nationalem Übermut verabsäumen, sondern weil des elende Schulwissen und ihre gesamten Lebensverhältnisse ihnen die geringste Gelegenheit dazu geben, die in ihrer Muttersprache nicht die Lehren eines beschränkten Nationalismus, sondern die der Völkerverbrüderung und der internationalen Solidarität verbreiten wollen, wird der nationale Polizeistreich am schwersten treffen. Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands wird gegen diesen Eingriff in ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen lauter Protest erheben. Die preussische Regierung geht darauf hinaus, im Osten des Reichs ein Versammlungsrecht zu errichten, das durch gewisse Restriktionen zu allen Zeiten des Absentismus und der Reaktion, zu Streik und Kohlenstreik und Ruhrmachte brauchbar gehalten werden soll. Wenn der preussische Staat findet, daß er politische Versammlungen wegen jener Überwache und daß ein Wort, das gefährlich ist, weil es nicht verboten wurde, am Ende gar nicht verboten werden sollte, das Sprachverbot, was sich ein preussisches Polizeistreich nennen kann! — So mag er eine Note von Epicharm heftigen. Durch die Schaffung eines Gesetzes, das die nationale nationale Individualität zum obersten Gebot hat, wird er die Erbitterung nicht nur der Polen, sondern auch der Deutschen, die an Sprache ihrer „nationalen

Arbeit“ vor polnischem Bohrdrud interessiert sind, abermals maßlos steigern. Wenn es eines Beweises noch bedürft hätte, daß das Interesse des Proletariats mit dem aller Unterdrückten solidarisch ist, und daß — wie wir nicht oft genug wiederholen können — die Polenfrage keine rein preussische Angelegenheit, sondern Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes ist, so ist er hier gegeben!

Stimmekauf. Drei Zentrumsmänner aus Neuchâtel, wie dem „Vorm.“ aus Krefeld geschrieben wird, vor der Strafkammer in Düsseldorf, angeklagt wegen Vergehens gegen § 109 des Strafgesetzbuches, der lautet: „Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimmekauf oder verkauft, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“ Das Zentrum hatte bei den Stadtverordnetenwahlen in Neuchâtel im November vorigen Jahres einen schweren Stand gegen eine sogenannte Bürgerpartei, und ist auch nachträglich unterlegen. Mit allen Mitteln wurde versucht, den Sieg an sich zu reißen, besonders wurde ein Druck auf die Geschäftslente ausgeübt. Ein Herr Müller, der sonst stets das Zentrum gewählt, erklärte einem der Führer des Zentrums, einem Kaufmann Juchowen, er würde nicht wählen, weil ihm der Fischereischein von der Verwaltung vorenthalten würde. Juchowen setzte sich daraufhin mit dem langjährigen Beigeordneten der Stadt Neuchâtel, einem Kaufmann Weichahn, einer festen Zentrumstümme, in Verbindung, und dieser besorgte in kurzer Frist den Fischereischein. Die Stimme war für das Zentrum gewonnen. Doch brachte diese Angelegenheit die drei Verbündeten auf die Anklagebank, weil die Sache der Behörde zu Ohren gekommen war. Die drei Angeklagten bestritten, daß die Sache sich so verhalte, wie in der Anklage behauptet werde, doch wurden sie durch Zeugen überführt. Das Urteil lautete für Müller und Weichahn auf je einen Monat und für den Vermittler Juchowen auf acht Tage Gefängnis.

Eine prunkvolle Maifeier fand Sonntag in Mainz statt. In Gegenwart des Kaiserpaars, des Großherzogs von Hessen und zahlreicher erlauchter Herrschaften wurde die Umgehungsbahn Rombach-Kastel-Bischöfsheim eröffnet, womit die Einweihung der neuen Rheinbrücke bei Mainz verbunden war. Nach viel Volk, das Hurra schrie, war zugegen. Neben hielten der preussische Eisenbahnminister Budge, der Kaiser und der Mainzer Oberbürgermeister Gafner. Aus Budes Rede mögen folgende Sätze angeführt sein: „Die Verbindung von Bischöfsheim nach Kofenheim mit der neuen Rheinbrücke bildet das bis heute fehlende Schlußglied der rechten Rheinuferbahn von der Schweiz bis zu den Niederlanden und der Schienenweg über die holze Rheinbrücke mit seiner Fortsetzung über Münster a. St. und durch die bayerische Pfalz gibt eine neue Verbindung vom Main und Rhein bis zur Saar und nach Lothringen... Wenn aber Eure Majestät das deutsche Volk zu den Waffen rufen sollten, dann wird die neue Bahnlinie ein gewaltiges Kriegswerkzeug sein, auf dessen hohe Bedeutung Wolke zuerst hingewiesen hat... Nun die stillige Rheinbrücke vollendet, ein solches Denkmal deutschen Gewerbefleißes und deutscher Kunst, geschmückt mit den ehernen Bildwerken Eurer Kaiserlichen und Königlich Majestät und Eurer Königlich Hoheit des Großherzogs, der erhabenen Schirmherren der preussisch-hessischen Eisenbahngesellschaft.“ Aus der kurzen Rede des Kaisers hat nur diese Stelle allgemeines Interesse: „Ich wünsche, daß diese neue Brücke in jeder Beziehung den gehesten Erwartungen entspreche. Ich wünsche von Herzen, daß der Friede, welcher notwendig ist, damit Industrie und Handel sich fortentwickeln, auch fernerhin erhalten bleiben möge. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß diese Brücke, wenn sie zu ersten Transporten benutzt werden sollte, sich dann vollkommen bewähren wird.“ An die Eröffnungsfestlichkeit schloß sich eine Rheinfahrt der Fürstlichkeiten bis Biebrich. Neben fuhr das Kaiserpaar nach Wiesbaden zur Oper. Minister Budge ist anlässlich dieser Festlichkeiten in den erblichen Adelsstand, General v. Lindersquist als Nachfolger Walbertes zum Armeekorpsinspektor ernannt worden. General v. Eichhorn (9. Division, Glogau) wurde kommandierender General des 18. Armeekorps, der bisherige Gouverneur von Mainz, Generalleutnant Frhr. v. Scheele, Gouverneur des Zavalienhauses in Berlin, Generalleutnant v. Voigt, bisher Kommandeur der 14. Division (Düsseldorf) Gouverneur von Mainz. Auch zahlreiche kleinere Geister haben Auszeichnungen davongetragen.

Kleine politische Nachrichten. Nationalliberalen Blättern zufolge hat die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses dem Wahlrechtsminister Mendel-Altona nahegelegt, seinen Austritt aus der Fraktion erklären zu wollen. — Wie die „Nat. Ztg.“ mit Bestimmtheit versichern zu können glaubt, steht die Ernennung des Geh. Oberregierungsrat Werner aus dem Reichsamte des Innern zum Präsidenten des kaiserlich statistischen Amtes bevor. — Der Rommernbaniprozess, der am Montag aufs neue vor der Strafkammer in Berlin beginnen sollte, wurde gleich nach der Eröffnung auf Dienstag vertagt und beschloffen, den Kreisarzt in Straßburg zu beauftragen, den Mitangeklagten, nicht erschienenen Stadtbauinspektor a. D. Ganel zu untersuchen, ob dieser verhandlungsfähig und reisefähig ist, oder wann er es wieder wird. — Das Kriegsgericht hat den 28 Jahre alten Oberleutnant Weimhold vom 10. Inf.-Reg. No. 134 in Plauen wegen erfolgloser Anstiftung eines Untergehens zur Begehung einer Straftat (unerlaubter Entfernung von der Truppe und unrichtige Erstattung dienstlicher Meldungen) zu achtzehn Tagen Stubenarrest verurteilt. — In den Koflauer Neuesten Nachrichten“ in Koflau an der Elbe erschienen längere Zeit hindurch unter dem Titel „Stalbooler Mandeln“ stark kritische lokale Plaudereien in Koflauer Mundart. Verschiedene Einwohner fühlten sich stark verletzt, und nachdem der Verfasser in dem Buchhalter S. ermittelt war, stellten Fabrikbesitzer Paul S. und Direktor M. Strafantrag wegen Beleidigung gegen den Verfasser S. und den Verleger S. Die Strafkammer in Dessau verurteilte ersteren zu vier, letzteren zu einem Monat Gefängnis. — Der schwedische Reichstag bewilligte sechs Millionen Kronen für Neuaufstellungen der Marine. — Der Generalgouverneur von Finland erhielt das Recht, im Einvernehmen mit dem Senat die Gesuche der Ausländer um Naturalisierung selbständig zu erledigen. — Der Kassationshof in Belgrad bestätigte die Entscheidung, die der frühere serbische Minister Welsaodorowitsch wegen Veruntreuung des Pa-

Politische Rundschau.

Deutschland.

Deutscher Neutralitätsbruch? Ja, „Stimmen“

zinses in Höhe von 93 000 Francs verhaftet und in Anklagestand verlegt wurde. — Der rumänische Senat hat den Zolltarifentwurf angenommen. — Der mit einer Wiffon in Judochina betraute französische Reisende Obsidal ist mit einem Dolmetscher und zwei Dienern von Eingeborenen niedergemacht worden.

Frankreich.

Die Gemeinderatswahlen haben Sonntag in ganz Frankreich stattgefunden. Obwohl ein Ueberblick über das gesamte Ergebnis noch unmöglich ist, erscheint die antimilitärische Prägung doch bereits recht bestimmt und selbst nationalpolitische Blätter beginnen mit einem Verzicht der bisherigen Mehrheit im Pariser Rathaus zu rechnen. In Paris wurden nach der „Agence Havas“ 27 Ministerielle und 28 Antimilitärische gewählt. Außerdem aber haben noch 26 Stichwahlen stattgefunden, und man nimmt mit ziemlicher Sicherheit an, daß der Ausfall der Stichwahlen den Ministerialen im künftigen Gemeinderat die Mehrheit verschaffen werde. In der Provinz ist nach den vorläufigen Meldungen die Niederlage der Nationalisten und Republikanen geradezu vernichtend. In Departement Doubs gewannen die Republikaner in 40 Gemeinden; in Lyon wurden 39 Gemeinderäte gewählt, von denen 37 den Radikalsocialisten und 2 den Liberalen angehören. In Marseille ist die sozialistische Liste mit über 1000 Stimmen Mehrheit gegen die Liberale gewählt worden. Im Norddepartement siegen die Republikaner und gewannen eine Anzahl Sitze. In Lille kommt es zu einer Stichwahl zwischen Kollektivisten und Radikalsocialisten. In Roubaix und Tourcoing haben die Sozialisten die Mehrheit erlangt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 3. Mai.

Freude ist in Trojas Gallen. Die hiesige bürgerliche Presse schlägt vor Freude wahre Purzelbäume darüber, daß es gelungen ist, anlässlich des Bäckereistreits sämtliche feindlichen Brüder unter einen Hut zu bringen. Daß diese „Einigung“ nur dadurch zustande kommen konnte, daß man ohne den geringsten Schimmer irgend eines Beweises den Bäckereistreit als eine „Machination“ der Sozialdemokratie bezeichnete, daß man sich also unlauterer Mittel bediente, um den Zusammenschluß zu ermöglichen — das erwähnt man aus leicht erklärlichen Gründen auf jener Seite nicht. Welche Bedeutung übrigens der „Einigung“ gegnerischerseits beigegeben wird, kann man schon daraus ersehen, daß die „A. V.“ die naturgemäß am meisten jubeln, die Forderung ausprechen, es könne gelingen, „unser Lübeck wieder von der Schmach zu befreien, im Deutschen Reichstag durch einen Sozialdemokraten vertreten zu sein.“ Wir wollen unseren Gegnern die Hoffnung nicht rauben; gibt es doch auch im politischen Leben Leute, auf die das bekannte Wort zutrifft: „Noch am Grabe pflanzt er die Hoffnung auf!“ Für uns handelt es sich heute auch nicht darum, die nach einem Rückschlag auf die letzte Reichstagswahl sehr leicht zu beantwortende Frage zu erörtern, ob diese Hoffnung jemals Aussicht auf Verwirklichung hat. Wohl aber muß die Tatsache konstatiert werden, daß der Sozialdemokrat in Lübeck nunmehr eine geschlossene Reaktion gegenübersteht. Diese Tatsache kann unsererseits nur mit Freude begrüßt werden; ist es dann doch ausgeschlossen, daß gutgläubige Menschen einem sich als „Arbeiterfreund“ gerierenden Kandidaten bei Wahlen ihre Stimme geben. Dann ist reine Wahngeschaffen; es gibt nur noch ein Hüben und Dräuben!

Doch noch nach einer anderen Richtung hin ist dieser Zusammenschluß interessant. Anlässlich der letzten Reichstagswahlen erklärte der damalige nationalsozialistische Kandidat, unser „aller ehrlicher Krischan“, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, seine Partei verträte die Interessen der Arbeiterklasse. Für seine Person speziell nahm er das Prädikat in Anspruch, „Fleisch vom Fleische der Arbeiter zu sein.“ Herr Ungerendörfer erklärte das im vollen Einverständnis mit seinen Parteigenossen, also gewissermaßen parteioffiziell. Daß die Wähler, und insbesondere die Arbeiter, bei erfolgter Wahl des nationalsozialistischen Kandidaten mindestens ziemlich stark von Scharfmacherbasillen durchsuchtes, übertriebenes Fleisch erhalten hätten, dürfte ihnen angesichts des Umstandes, daß auch der nationalsozialistische Verein mit in das Innungsstatut eingetretten ist, ohne weiteres einleuchten. Nicht viel anders liegt die Sache mit dem „Volkswort“ Pape. Dieser zeitweilig in großer Arbeiterfreundlichkeit machende Herr hat die „Einigungsverhandlungen“ in „taktvoller“ Form geleitet; er hat also, seiner Parteirichtung entsprechend, dem Grundsatze des Volontarismus wiederum Geltung verschafft: „Bald ist das Klag ein Kater, bald eine Kat; bald so, bald so, wie's trifft!“ — Daß seitens der Parteien dieser beiden Herren nunmehr in so offener Weise gegen die bestehenden Forderungen der Bäckergesellen auf Abschaffung des Kost- und Logiswens beim Meister, sowie auf Zahlung eines Stundenlohnes von 25 Pfennigen Front gemacht wird, kennzeichnet so recht ihre Arbeiterfreundlichkeit.

So hat denn diese „Einigung“ dazu beigetragen, die „volksfreundlichen“ Parteien in ihrer wahren Gestalt kennen zu lernen. Sie selbst haben sich die Maske, hinter der sie ihr wahres Gesicht verbargen, vom Antlitz gerissen, haben vor aller Oeffentlichkeit dokumentiert, daß sie ohne Ausnahme ausschließlich die Interessen der wirtschaftlich Starken vertreten. Diese Feststellung wird zweifellos zur Folge haben, daß sich die wirtschaftlich Schwachen, d. h. die Arbeiter, nun gleichfalls noch enger als bisher zusammenschließen und das „Fischstück“ zwischen sich und der Sozialdemokratie, der einzigen Vertreterin der Arbeiterinteressen, noch fester knüpfen. Das sei die Antwort auf den Zusammenschluß der hiesigen bürgerlichen Parteien!

In der gestrigen Bürgerchaftssitzung entspann sich eine lebhafteste Debatte über die am Katharineum bestehenden Schülerverbindungen, in denen die Schüler und späteren Staatsbürger zu tüchtigen Trütern — um einen äußerst wilden Ausdruck zu gebrauchen — herangebildet werden. Wir kommen morgen auf diesen Punkt, der von uns schon vor Jahren an die Oeffentlichkeit gebracht worden ist, sowie auf die übrigen erledigten Anträge zurück.

Der Sozialdemokratische Verein hielt gestern Abend seine Generalversammlung ab. Zunächst erbatete Genosse A. Ehlers den Klassenbericht. Demselben entnehmen wir, daß der Netto-Einnahme im ersten Quartal von 1895,75 Mk. eine Ausgabe von 789,70 Mk. gegenübersteht; der Ueberschuß beziffert sich demnach auf 1106,05 Mk. Der gesamte Klassenbestand beträgt 2468,43 Mk. Die Mitglieder-

zahl stieg von 1744 am Schlusse des vierten Quartals 1903 auf 1759 am Schlusse des ersten Quartals 1904. Auf Antrag des Vorstandes wurden der Parteikasse in Berlin 500 Mark bemilligt. — Zum zweiten Punkt: Erhöhung der Beiträge begründete Genosse Schwarz die Notwendigkeit der Beitragserhöhung damit, daß in sehr vielen Städten Deutschlands die Parteibeiträge eine Erhöhung erfahren hätten. Es sei notwendig, daß mehr als bisher Gelder an die Parteikasse in Berlin abgefordert würden, schon mit Rücksicht darauf, daß unsere Fraktion eine wesentliche Verstärkung erfahren habe. In Betracht kommt ferner die erhöhte parlamentarische Tätigkeit seitens unserer Fraktion. Wir mühten dahin gelangen, daß unsererseits ein gerößer Prozentsatz ständig nach Berlin abgefordert würde. Im Namen des Vorstandes beantragte Redner eine Erhöhung des monatlichen Beitrages von 20 auf 30 Pfg. Nach einer längeren Debatte, in der das Für und Wider eingehend erörtert wurde, fand der Antrag auf Erhöhung des Beitrages ab 1. Juli 1904 Annahme. Dagegen stimmten nur wenige Genossen. Ein Antrag, den Voten nunmehr statt 20 Proz. 15 Proz. zu gewähren, fand Annahme. Ein Antrag, den Vortrag der vorgerückten Zeit wegen abzulegen, wurde angenommen. Im Verschiedenen wurde Genosse W. Köhner für den 2. und Genosse O. Ehrich für den 13. Distrikt bestätigt. Die Vorarbeiten für den Empfang der am 12. Juni hier besuchsweise weilenden Liedertafel „Treue“ aus Hamburg wurden dem Vorstand übertragen. Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten erfolgte Schluß.

Scharfgemacht wurden gestern Abend in mehreren Innungsveranstaltungen die den Zwangsinnungen angehörenden Meister. Man beschäftigte sich dort mit dem Bäckereistreit, den man nach berühmtem Muster als eine sozialdemokratische Machination bezeichnete. Der Hauptzweck der Veranstaltungen war zweifellos, die Innungsmeister für die heutige Wintern-Verammlung mobil zu machen und sie für den Arbeitgeber-Berband einzufangen.

Die Maifester war nach den uns vorliegenden Meldungen allüberall sehr zufriedenstellend. In Hamburg nahmen etwa 80 000 Personen an dem Demonstrationzug, dessen Vorbemerkung drei Stunden währte, teil. Die Gesamtzahl der Festteilnehmer bezifferte sich auf über 100 000. Eine von allen Seiten beachtete Demonstration bildete die Beteiligung der Eisenbahner am Maifestzug; von ihnen waren etwa 900 erschienen. An der Spitze marschirten die Gemahregelten. Von den zwei Standarten, die ihrem Zuge vorangetragen wurden, hatte eine im roten weislichbaren Felde die Aufschrift: „Hoch unsere Organisation! Die gemahregelten Eisenbahner.“ Auf der anderen Standarte standen die Worte: „Die Sicherheit der Zukunft liegt in der Organisation der Arbeit.“ Manches Bravo ertönte den Braven entgegen, und mancher Händedruck wurde unterwegs mit den im Zuge befindlichen Gemahregelten gewechselt. — In Altona-Ottensen fanden Vormittags zwei stark besuchte Versammlungen, nachmittags große Volksfeste statt. — Dasselbe Arrangement war auch in Wandsbek getroffen worden. Auch hier war eine starke Beteiligung zu konstatieren. — Der Festzug in Bergedorf zählte 1200 Teilnehmer. — In Neustadt i. S. fand eine Versammlung am 30. April statt, in der Genosse Weinhaber referierte. An der Versammlung nahmen etwa 200 Personen teil. — In Kiel fanden vormittags zwei stark besuchte Volksversammlungen statt. Abends vereinigten sich die Teilnehmer in drei Lokalen zu Festversammlungen. Etwa 7000—8000 Personen haben an den Veranstaltungen teilgenommen. — In Schwerin verlief die Maifeier in vorzüglichster Weise. Abends fand eine Zusammenkunft der Genossen im Lokale „Zur Hanja“ statt, die ganz ungeheuer besucht war. Nachmittags hatten die Genossen in einer Zahl von etwa 200 einen Ausflug ins Freie unternommen, da unseren Genossen ein Lokal außerhalb der Stadt nicht zur Verfügung steht. — Nach einer Meldung aus Bant hatte der Kommandant der Marineinfanterie der Nordsee, Vizeadmiral Bendemann, den Militärpersonen vom Feldwebel abwärts für den 1. Mai den Bezug der drei obdenburgischen Ortschaften Bant, Heppens und Neuende verboten. Nur ihre Verwandten in den Orten, deren Identität sie nachzuweisen hätten, konnten sie besuchen. Der Verlauf des Maifestes war im übrigen ein sehr guter.

Auf der Koch'schen Schiffwerft in Lübeck sind aus Anlaß des Meierstreits sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden. Zugang von Werftarbeitern ist streng fernzuhalten!

Zum Bäckereistreit schreibt uns die Lohnkommission: In bürgerlichen Blättern und in der Resolution des Arbeitgeberverbandes wird behauptet, der Streik der Bäckergesellen sei nur ein Geschäftsmandat der Lübecker Genossenschaftsbäckerei. Obgleich von unserer Seite die Ursachen des Streits schon genügend klargestellt sind, bleibt man trotzdem bei jener verleumdenden Behauptung. Zweifellos doch nur deshalb, weil man gegen die bestehenden Forderungen der Bäckergesellen schlecht sichhaltige Gründe anführen kann. Die ganze Begründung, die man für diese geradezu gemeine Behauptung anführen könnte, ist, daß die Bäckergesellen überhaupt Forderungen gestellt haben.

Die hiesige Zahlstelle des Bäckerverbandes beschäftigte sich bereits seit dem Jahre 1897 mit den Forderungen auf Abschaffung des Kost- und Logiswens, und daß es nicht schon früher zum ersten Konflikt gekommen, lag nur daran, daß die Leitung der Zentralstelle sowie der Mitgliedschaft immer noch davon abgeraten haben, bis der Zeitpunkt ein günstigerer geworden sei. Als die Mitgliedschaft Lübeck sich nun eingehend mit der Frage beschäftigte, die Forderungen einzureichen, zählte sie 125 Mitglieder, davon arbeiteten auf der Genossenschaftsbäckerei 18. Da klingt es doch geradezu als ein Hohn, wenn gesagt wird, diese 18 Mann hätten den Streik angezettelt und die übrigen über 100 Bäckergesellen hätten tun müssen, was die 18 Mann wollten.

Wie man sich in die Idee verbißt, daß die Leitung des Verbandes und der Lohnbewegung nur in den Händen von Genossenschaftsbäckern liege, beweist der Umstand, daß einer der Herren Arbeitgeber öffentlich behauptet, er hätte nur mit seinen eigenen Leuten sich geeinigt und mit der Lohnkommission garnichts zu tun gehabt. Der Mann abt garnicht, daß seine Leute dem Vorstand sowie der Lohnkommission angehört und den Auftrag hatten, wenn möglich, auf gütlichem Wege eine Einigung mit ihrem Arbeitgeber zu erzielen. Im Uebrigen fanden die Forderungen eingereicht wurden, erst Betriebsversammlungen (zu der nur Arbeiter der in Frage kommenden Fabriken Zutritt hatten) statt und wurde in allen einmütigen die Lohnkommission beauftragt, die Forderungen zu vertreten. Daß der Vorsitzende der Lohnkommission ein Genossenschaftsbäcker ist,

scheint nun die Herren am meisten zu ärgern; ist ihnen doch dadurch die Gelegenheit genommen, an ihm ihr Mütchen zu kühlen. Würde der Vorsitzende nicht in der Genossenschaftsbäckerei arbeiten, auf einer anderen Stelle in Lübeck betraut er keine Arbeit wieder, dafür sorgt schon der Innungsarbeitsnachweis. Die Beweise hierfür liegen aus den Jahren 1897 und 1898 vor.

Was von der Behauptung, der Streik sei lediglich zu Gunsten der Genossenschaftsbäckerei inszeniert worden, zu halten ist, mögen die Leser daraus ersehen, daß der Verband der Bäder Anfang dieses Jahres der Genossenschaftsbäckerei gleichfalls Forderungen zugestellt hat, die weitgehender waren als die, welche jetzt an die übrigen Bäckereibesitzer gestellt worden sind. Gätte die Geschäftsleitung da nicht auch antworten können: Ihr wollt uns nur die Kundtschaft wegnehmen, das Geschäft zu Gunsten anderer Inhaber ruinieren? An dessen Stelle hat man sich aber die Forderungen gründlich angesehen und ist zum Teil noch weiter gegangen, als gefordert wurde.

Hier mag wohl ein Vergleich des Arbeitsverhältnisses auf der Lübecker Genossenschaftsbäckerei mit den anderen Brotfabriken am Plage sein, in denen mit denselben technischen Hilfsmitteln gearbeitet wird. Die Leser können erweisen, ob die Forderungen an die Bäckereibesitzer übertriebene zu nennen sind. Der Verdienst stellt sich auf den einzelnen Weir eben wie folgt:

Bäckerei:	Wochenlohn:	Arbeitsstunden:	Stundenlohn:
Genossenschaftsb.	25 Mk.	48	52 Pfg.
J. C. D. Junge	24 Mk.	65	37 Pfg.
Fahrenkrug	24 Mk.	67 1/2	35 1/2 Pfg.
Fr. Petersen	22 Mk.	73 1/2	30 Pfg.

Hier kommt noch hinzu, daß bei der Firma Junge stets Nachtarbeit und bei Fr. Petersen Extra-Leistungen ohne jede Vergütung beanprucht werden. Auf der Lübecker Genossenschaftsbäckerei erhält laut Arbeitsvertrag jeder Arbeiter nach einjähriger Tätigkeit in den Sommermonaten, unter Fortzahlung des Lohnes, eine Woche Erholungsurlaub. Bei militärischen Dienstleistungen und in Krankheitsfällen wird der Lohn bei den Arbeitern, welche mindestens sechs Monate bei der Lübecker Genossenschaftsbäckerei beschäftigt sind, auf die Dauer von einer Woche und für solche, die über ein Jahr in Stellung sind, auf die Dauer von zwei Wochen bezahlt, unter Führung der empfangenen Unterweisungen. Das sind Lohn und Arbeitsbedingungen, welche die Forderungen, die an die anderen Bäckereibesitzer gestellt wurden, weit hinter sich zurücklassen.

In Kleinbetrieben läßt sich der Stundenlohn nicht genau feststellen, da trotz der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit fast überall länger als zwölf Stunden gearbeitet wird, was auch hauptsächlich der Grund ist, warum die Innung sich so gegen die Abschaffung des Kost- und Logiswens sträubt, weil dann auch die Einhaltung dieser Verordnung besser kontrolliert werden kann. Wie hoch der Stundenlohn aber gerechnet werden kann, beweist der Umstand, daß man es schon als unerfüllbare Forderung ansieht, wenn jetzt ein Stundenlohn von ganzen 25 Pfennig gefordert wird. Die Forderungen, welche die Bäckergesellen stellen, sind 21 Mk. Minimallohn bei 8 1/2 Stunden Arbeitszeit pro Woche für Kleinbetriebe, 25 Mk. Minimallohn bei 60 Stunden Arbeitszeit für Großbetriebe. Man erhebt großes Geschrei über die Forderung: „Regelung des Arbeitsnachweises.“ Wir lieben uns bei dieser Forderung von dem Grundsatze leiten, daß auf dem Wege gütlicher Verhandlungen sich die Frage des Arbeitsnachweises hätte regeln lassen. Als Hauptübelstand galt uns, daß der Arbeitsnachweis sich in einer Wirtschaft (auf der Herberge) befindet. — Wir überlassen jedem objektiv urteilenden Menschen die Verantwortung der Frage, ob die Forderungen der Bäckergesellen wirklich so unerfüllbar sind, wie seitens der Innung und ihrer Presse immer behauptet wird.

Die Dampfischfahrtsverbindung Lübeck-Schleswig scheint gesichert zu sein. Es sind in Schleswig Fragebogen herausgegeben, die zahlreiche Unterschriften von Interessenten aufweisen.

Nach tritt der Tod den Menschen an. Am Sonntagmorgen wurde ein Rentenermpfänger, der auf dem Polizeiamte sein Quittungsformular wieder in Empfang genommen hatte, beim Verlassen von einem Herzschlag betroffen. Er war sofort eine Leiche.

Die Kasse des Volkzeitunges befindet sich vor Mittwoch den 4. Mai d. J. an im zweiten Obergeschoß des Hauses Breitestraße Nr. 55 (Commerzbank) Eingang Johannisstr. 1.

Der erste Teilbetrag der Grund- und Gebäudesteuer und der Beiträge zur Stadtwasserkunst für 1904-05 ist für die Grundstücke in der Stadt in der Zeit vom 2. bis 16. Mai d. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Wegen vorzunehmender Straßensanarbeiten wird die Strecke der Straße Wakenismauer von der Hundestraße bis zur Glodengießerstraße vom 4. Mai dieses Jahres bis auf weiteres für den Fahrverkehrsverkehr gesperrt.

Personalien. Der Senat hat den bisherigen Diätar K. C. J. Stein zum Gerichtsschreibergehilfen bei dem Amtsgericht hier selbst ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. Mai d. J. festgesetzt, und ferner den Lotfen G. Gaeffens in Travemünde zum 1. Juli 1904 in den Ruhestand versetzt.

Angesprochen ist nach erfolgter Schlussverteilung das Konkursverfahren über das Vermögen des Restaurateurs K. G. C. Oppermann.

pb. Grmittelt und festgenommen wurde gestern Vormittag ein hiesiger Arbeiter, der als Dritter bei dem in hiesiger Stadt vor kurzem ausgeführten Betrügereien zum Nachteil der Inhaber von größeren Geschäften beteiligt war.

Stoßeldorf. Anmeldung der Schulden. Diejenigen Grundbesitzer im Fürstentum Lübeck, welche ihre verzinslichen Schulden noch nicht an die Vorsitzenden der Schätzungs-Ausschüsse eingekandt haben, werden daran erinnert, das bis zum 7. Mai bewerkstelligen zu wollen. Es ist anzugeben: die Adresse der Gläubiger, Betrag der einzelnen Schuld, der Zinsfuß in Prozenten und der Betrag der Zinsen. Formulare zur Anmeldung sind bei den Gemeindevorständen zum Preise von 5 Pf. zu haben. Sind die Schulden nicht bis zum 7. Mai angemeldet, so nimmt der Schätzungs-Ausschuß an, daß keine Schulden vorhanden und tritt eine höhere Besteuerung ein.

e. Stoßeldorf. Die Maifeier nahm hier einen guten Verlauf. Der Gesangverein „Fidelitas“ unternahm einen Ausflug nach Hensfeld Schwartau. Beim Abmarsch zählte der Zug 230 Teilnehmer; diese Zahl erhöhte sich in den Clever Lannen auf 300 und in Hensfeld auf 400. Die Wirte in Hensfeld hatten alle geflaggt; der schönste Schmaus war jedoch der Wald in seinem jungen Grün. Da alles zur größten Zufriedenheit verlief, ist sich jeder Teilnehmer auch bewußt, einen frohen Tag verlebt zu haben.

Wölln. Der 1. Mai. Am Sonntag tagte hier eine Versammlung mit der Tagesordnung: Der erste Mai und seine Bedeutung. Referent: Genosse Stromberg.

Ein Kasernendrama.

Es sind jetzt etwa 14 Tage her, daß bei Medarjalm der damals stark angeschwollene Medar die Leiche eines Soldaten ans Ufer schwemmte, den sein Kruppenteil, das württembergische Infanterie Regiment Nr. 122 in Heilbronn, seit 10. April vermißte. Den Waffenrock des Toten hatte man bereits am 12. April eine Stunde oberhalb Heilbronn am Ufer des Medar gefunden. In der Tasche dieses Rockes lag ein Brief an den in Murrhardt (Württemberg) wohnenden Bruder des Verlebten, der diesem auch zugesandt wurde. Der Absender war der im Herbst v. J. zum genannten Regiment eingezogene Hermann Goldner, von Beruf Schriftsetzer. Mit bestem Erfolg hatte er die Volksschule absolviert, sich die denkbar besten Zensuren seiner Lehrer und später in seinem Berufe die schmeichelhaftesten Zeugnisse der Prinzipale erworben. Ein Arbeitgeber bestätigte ihm, seit wohl 20 Jahren keinen so tüchtigen und soliden Gehilfen gehabt zu haben. Doch war er mit zwei körperlichen Fehlern behaftet, die ihm als Soldaten zum Unheil werden sollten: das oberste Gelenk des rechten Zeigefingers war steif und die Schärfe des Auges hatte unter den Anstrengungen des Schriftsetzerberufes bedeutlich gelitten. Zweimal hatte die Erblichkeitsbehörde den jungen, auch sonst körperlich nicht gerade kräftigen Mann deshalb zurückgestellt, und als man ihn schließlich tauglich sprach, begann für ihn ein Leben der Dual und Verzweiflung. Der von ihm hinterlassene Brief, den ein zweiter, in der Nähe von Heidelberg wohnender Bruder der „Mannh. Volksstimme“ zur Verfügung stellte, hat diesen ergreifenden Wortlaut:

Heilbronn, 10. April 1904.

Lieber Bruder!

Bitte Dich, nachstehendes den Eltern in schonender Weise mitzuteilen:

Ihre Eltern, Geschwister und Angehörige! Wenn Ihr dieses Schreiben erhalten habt, werde ich nicht mehr zu den Lebenden zählen, denn in den kühlen Fluten des Medars werde ich mein Leben geendet haben.

Ich scheide aus dieser Welt mit Gott und meinem Gewissen wohl versöhnt und bitte Euch, meinen Weggang gefast aufzunehmen und nicht um mich zu sehr trauern zu wollen. Der Grund zu meiner Tat ruht zum Teil in der Arzestraste, die ich nach meiner Ansicht zu Unrecht verbüßen mußte, hauptsächlich aber klingt mir die Drohung meines Vorgesetzten, die dieser beim ersten Vergleichsschießen von uns Rekruten mir gemacht hat: „Er wolle mich noch die Geislinger Steige hinauf, d. h. nach Ulm zur Straf Abteilung, bringen,“ immer in den Ohren und läßt mein Gemüt, das für derartiges nicht geschaffen ist, nicht zur Ruhe kommen. Daß dieser Vorgesetzte, wohl mein einziger Feind, den ich auf der Welt habe, seine Drohung zur Ausführung bringen kann, dessen bin ich, nachdem er mich in Arrest gebracht hat, überzeugt; ich aber mache ihm durch meinen Schritt einen Strich durch die Rechnung. Ich will dadurch, daß ich dies offen bekannt gebe, zwar nicht haben, daß derselbe bestraft wird, nein, sondern wenn er's verantworten kann, wie er mich von Anfang an entehrt und schikaniert hat, so verzeihe ich alles gerne. Aber schon in den ersten drei Wochen beschuldigte er mich beim Zielen, daß ich mich verstelle, wenn ich sagte, daß ich das Ziel nicht sehe, und ich wollte mich vom Militärdienst wegdrukken. So könnte ich noch vieles Verschiedenes anführen, will aber mit dem letzten schließen: Am letzten Mittwoch hatte eine Eskadron, zu der ich auch gehörte, Manöver zu machen. Als wir fertig waren, kamen wohl alle ordentlich warm in die Kaserne; auch mir lief der Schweiß sozusagen in die Stiefel und haben daselbst verschiedene Kompagnie-

Angehörige gesehen. Trotzdem sagte der Vorgesetzte, als ich an der Tür an ihm vorbei mußte: „Der elende Tropf hat sich wieder nicht angestrengt, kein nasses Härle hat er“ usw. Das hat mich vollends zu meinem Entschluß gebracht.

Also auf Wiedersehen in einer besseren und gerechteren Welt! Mein letzter Wunsch ist, daß Ihr für ein ordentliches, ehrliches Begräbniß sorgt.

Euer Bruder Hermann.

Am Sonnabend vor acht Tagen hat man ihn beerdigt, den unglücklichen Blutzengen eines verkehrten Systems, das ohne Rücksicht auf die besondere Individualität des einzelnen mit rohen Droh- und Zwangsmitteln slavischen Drill und mechanische Fertigkeiten zu erzielen sucht und dabei schon so manchen hoffnungsvollen Jüngling schuldlos in Elend und Verzweiflung getrieben hat. Möge das erschütternde Schicksal Hermann Goldners wenigstens die eine gute Folge haben, daß die berufenen Stellen wieder einmal auf die schweren Mißstände der militärischen „Erziehung“ aufmerksam werden und auf Abhilfe drängen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Marienburg haben sämtliche Maurer die Arbeit niedergelegt. Die Verhandlungen zerschlugen sich, weil die Arbeitnehmer auf 39 Pfg. Stundenlohn bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit bestanden, während die Meister nur 38 Pfg. bei 11 stündiger Arbeitszeit bewilligen wollten. Es bestanden sich etwa 300 Maurer im Auslande. — Die in Bäckereien tätigen Berliner Konditoren haben in geheimer Abstimmung gegen wenige Stimmen beschlossen, überall da die Arbeit niederzulegen, wo die Forderungen nicht bewilligt werden. Der Zeitpunkt zur Vorlegung der Forderungen bei den einzelnen Meistern wird sich voraussichtlich nach den für die Bäckergesellen gültigen Beschlüssen richten. Die Konditoren werden im übrigen völlig selbständig vorgehen. — Bei den Zementarbeitern in Leipzig sind Differenzen ausgebrochen. — 37 Maurer in Freiberg legten bei dem Bauunternehmer Börner die Arbeit nieder wegen Lohn-differenzen. — Die Arbeiter der Firma Walter u. Co., „Möwe-Werke“ in Mühlhausen i. Th., sind ausgesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten. — Die Maurer in Karlsruhe sind in den Streik eingetreten. — In der Garbinenfabrik Hermendorf in Böhmen kam es wegen Verlängerung der Arbeitszeit zu Differenzen. Es stehen circa 100 Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik.

Arbeitergroßen. In der Generalversammlung der Ortskrankenkasse in Lehrte wurde ein Posten in der Rechnung montiert. In Vertretung der Kasse war ein Herr drei mal nach Burgdorf gefahren (Bahnhof, etwa 10 Kilometer von Lehrte entfernt) und hatte dabei höchstens einen halben Tag aufgewendet. Für diese drei Fahrten hatte er nicht weniger als 56 Mk. Spesen berechnet. Dieser Herr war — der Bürgermeister von Lehrte. Die Ausgaben, die dem Herrn Bürgermeister erwachsen sind, können höchstens etwa 5 Mk. Eisenbahnsahrgeld und drei Mittagsmahlzeiten gewesen sein.

Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes. Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht jeben, wie alljährlich um diese Zeit, seinen Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr. In einem stattlichen Heft führt es die gesamte Arbeitsleistung vor, die im Jahre 1903 zu bewältigen war, und man muß staunen über den Umfang der Geschäfte und über die ständige Zunahme derselben. Aus der Fülle des Materials heben wir folgendes hervor: Bei den 114 Berufsgenossenschaften und 487 Ausführungsbehörden waren im Berichtsjahre über 19 Millionen Personen gegen Unfall versichert. Angemeldet wurden 530 421 Unfälle. Die vorausgabten Entschädigungen betragen 118 Millionen Mark gegen 107 Millionen im Vorjahre. Die Arbeiterhilfe-

gesuche, d. h. solche Gesuche von Arbeitern, die außerhalb des ordentlichen Prozessesverfahrens beim Reichsversicherungsamt eingehen, haben sich wiederum vermehrt und sind nunmehr auf die Höhe von 2329 angewachsen. — Die Zahl der beim Reichsversicherungsamt anhängig gemachten Reklurte betrug 15 625 gegen 14 107 im Vorjahre. In 30 Prozent der Fälle wurde das schiedsgerichtliche Urteil völlig oder teilweise in der Rekursinstanz abgeändert. Was die Zahl der im Jahre 1903 an die Versicherer geleisteten Zahlungen an Invaliden-, Kranken-, Altersrenten und Beitragsersatzungen 126,2 Millionen Mark.

Gesetzliche Minimallohne. Die Festlegung gesetzlicher Lohnraten ist ein Problem, an dessen Durchführung die Regierungen der europäischen Industriestaaten sich bisher noch nicht herangewagt haben, und für lange Zeit noch wird dies auch kaum zu erwarten sein. Dagegen haben einige Staaten der Nordamerikanischen Union damit begonnen, bestimmte Lohnraten festzusetzen, zunächst für solche Arbeiten, die direkt von der Kommune oder vom Staat ausgeführt werden. Der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, der kürzlich über ein solches Gesetz des Staates Kansas zu urteilen hatte, entschied dahin, daß die Gesetze über die öffentlichen Arbeiten volle Gesetzeskraft besäßen. In diesen Bestimmungen dürfte der Anfang für eine spätere gesetzliche Festlegung der Lohnregulierungen gegeben sein.

Gesetzlicher Lehrlingschutz im Kanton Basel. Unser Genosse Regierungsrat Wullschlegel in Basel hat als Chef des Departements des Innern den Entwurf zu einem Lehrlingsgesetz ausgearbeitet, da ein solches in diesem Kanton nicht besteht. Der Entwurf umfaßt 33 Paragraphen und eine sehr umfangreiche Begründung, in der die bezügliche Gesetzgebung des In- und Auslandes Berücksichtigung gefunden hat. Dem Gesetz werden alle Lehrlinge beider Geschlechter in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben sowie Lehrwerkstätten unterstellt, auch junge Leute in Fabriken, wenn sich aus der Gesamtheit der Anstellungsbedingungen ein Lehrverhältnis ergibt. Unter gewissen Bedingungen kann den Unternehmern das Recht des Lehrlingshaltens auf eine Dauer bis zu zehn Jahren entzogen werden. Unter 14 Jahren darf kein Lehrling eingestellt werden. Jeder Lehrling ist zur Eintragung in das amtliche Lehrlingsregister anzumelden und in jedem Falle ein schriftlicher Lehrvertrag zwischen den Beteiligten abzuschließen, der sich auf die Dauer der Lehrzeit, der Probezeit und der täglichen Arbeitszeit sowie auf die beiderseitigen Vergütungen zu erstrecken hat. Vorgeschieden wird ferner humane Behandlung und, insofern der Lehrling in der Familie des Meisters lebt, ausreichende Ernährung, ordentliche Beherbergung sowie Pflege im Erkrankungsfall des Lehrlings. Der Besuch der Fortbildung-, Ergänzungs- und beruflichen Fachkurse, sowie die Teilnahme an den Lehrlingsprüfungen wird für obligatorisch erklärt. Zum Besuch der Religionsstunden (eine Konzeption an das in Basel wohnende Akademikum) sowie zur Ausführung der Prüfungsarbeiten ist die nötige Zeit während der Arbeitsstunden dem Lehrling freizugeben. Die Arbeitszeit wird auf zehn Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich festgelegt. Die Nachtarbeit ist nur in jenen Gewerben zulässig, die dem täglichen Bedarfe dienen oder bei denen sie in der Natur des Betriebes bedingt ist. Die Arbeits- und Schlafräume unterstehen der Kontrolle der Gewerbeinspektion und der Sanitätspolizei. Vorbehalten bleibt die Aufstellung von Bestimmungen über die Dauer der Lehrzeit und die in einem Betriebe zulässige Maximalzahl von Lehrlingen. Zur Mitwirkung bei der Aufsicht über die Durchführung des Lehrlingsgesetzes wird dem Departement des Innern eine Kommission mit dem Namen „Lehrlingspatronat“ beigegeben, die aus zwölf Mitgliedern besteht, wovon wenigstens zwei weibliche und je vier Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer sein sollen. An unbemittelte, befähigte junge Handwerker, Techniker und Kaufleute, welche die Lehrlingsprüfung mit ausgezeichnetem

Die Madonna mit dem Rosenbusch.

Eine altklüßige Geschichte von Adolf Paul.

4. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ich komme schon, Liebste,“ flüsterte der Künstler heiss, „oh ja, ich komme gleich! Aber erst sollst du noch eine Weile warten und stehen, wie du stehst und hübsch artig Modell und Madonna sein. Und ohne daß du's weißt, denn so wird es gut.“

Und nachdem er so den Liebenden in sich verströhet hatte, eilte er hinauf und ließ den Künstler auf die Arbeit los.

Vom Fenster aus konnte er den ganzen Garten gut übersehen, dort nahm er Platz und fing an zu zeichnen, und im Nu hatte er das geliebte Bild aufs Holz gezeichnet. Und frohlockte, da es ihm gleich gelang, ihre misbergnützte Miene wiederzugeben und die Unruhe, die ihr im Antlitz zuckte. Denn da sie nicht wußte, daß er's sah und nahm, so wurde es so gut und natürlich.

Wie sehr er sich auch abmühte und quälte, der Heiligenchein gelang ihm doch nicht. Um ihr Haupt leuchtete es wie lebendiges Feuer, ein krauses Gewirr goldglänzender Boden. Und kaum hatte er's erfaßt und gezeichnet, so war's schon anders und weit besser, als hätte der Wind mit der Sonne einen Bund gemacht, um seine Kunst zu Schanden zu richten.

Immer wieder fing er von neuem an, und immer wieder mißlang es. Schließlich warf er die Kohle fort, hörte auf zu zeichnen und sah da, auf's tiefste als Künstler enttäuscht, und starrte unmutig das Wunder an, das sich ihm so nicht geben wollte.

Aber er konnte sich nicht satt sehen an der hellen Gestalt, die sich so siegreich vom Dunkel des Kreuzganges abhob, vor dessen Pfeilern und Bögen scharf umrahmt. Während ihr zu Füßen die Tulpen flammten und grünten,

schüchternen Narzissen aus dem Grün des Rasens schneeweiß hervorlugten, und blauäugig leuchtete das Bergkristall nach dem blanken Spiegel des Teiches lagerte, aus dem es zeitweilig goldrot aufblitzte von den schweigenden Lichtsammlern dort unten.

Alles sah sein trankenes Auge, — alles genoß er in vollen Zügen, — die glühenden Farben, die berausenden Düfte. Und wie es dort unten zwitscherte und sang, so jubelte sein ganzes Innerstes mit. Und betäubt und berauscht, Tränen in den Augen, sank er in die Knie, streckte die Arme gegen das Wunder aus und betete es an voll Jubel.

Da auf einmal glitt eine Wolke an der Sonne vorbei, alles verdunkelnd. Die Farben erloschen, der Glanz starb hin, — der Wind entfloß mit den Düften.

Was den Künstler berauschte, war hin, — der Liebhaber trat wieder in seine Rechte ein, — und schnell, als gälte es das Leben zu retten, eilte er hinunter zu ihr.

Als er hinkam, schien die Sonne wieder, und alles war wie vorher. Im Dunkel des Kreuzganges verborgen, schlich er sich ungeschen hin und rief sie pöthlich bei Namen. Sie schrie auf, griff schnell nach dem Buch, um eine Stütze zu finden, und zog blutend die Hand zurück.

Er stand wie gelähmt, die Augen geblendet, und sah sie nur noch als Schatten. Denn der Sonnenschein flutete ihm jetzt entgegen, und Formen und Farben, alles war hin, alles verwischt und verschwommen. Und die Glorie um ihr Haupt war schwarz und flatterte wie Trauerflor im Winde.

Schaudernd drückte er die Hände gegen die Augen. Aber im nächsten Nu wurden sie fast entfernt, und eine wohlbekannte Stimme fragte besorgt, ob er denn auf einmal blind geworden sei, da er nicht sah, daß sie fast verblutete? Ein Ras auf die Augen machte ihn wieder sehend, und so

empfang er die verdiente Strafpredigt ob seiner Unart, sie so lange warten zu lassen.

Die ganze Nacht hatte sie geträumt, — schön geträumt, aber von wem, das bekäme er jetzt nicht zu wissen.

Das kimmerte ihn nicht das geringste!

Wer die schönste Wirklichkeit unarmen kann, fragt wenig nach Träumen, wie schön sie auch sind. Er gab sich lieber der Mühe hin, ihr klar zu machen, daß es ihre Sache sei, den Künstler in ihm mit dem Liebenden zu veröhnen. Denn allen beiden war sie die Göttin, um deren Besitz sie eifersüchtig kämpften. Und freiwillig mußte sie sich beiden ergeben, — in der Liebe wie in der Kunst mußte sie ihm gehöhen. Das begriff sie auch sofort. Und gehorsam folgte sie ihm auch nach oben, — um es, vorläufig, erst in der Kunst zu tun, indem sie ihm als Modell für das Madonnenbild diente. Jetzt setzte er wohl auf, aber es half ihm nicht. Der Liebhaber hatte das Nachsehen und mußte seine Strafe leiden.

Er suchte sie wohl in Versuchung zu bringen und zeigte ihr die eben angefangene Zeichnung. Und wußte sie nicht vorher, wie lieb sie ihm war, so sagte es deutlich das Bild.

Schamhaft errötend blickte sie fort und wagte kaum es anzusehen. Heftig emflammt zog er sie an sich. Aber da kam sie ihm sofort mit den Pflichten gegen die Arbeit und neckte ihn grausam. Und dann, wie die Männer manchmal sind, verschob er den Sieg, bezwang sein Verlangen und warf sich mit Mut auf die Arbeit. Und weil er so handhaft ein Ritter war, so gelang ihm dann auch die Gloria!

Die Arbeit gedieh. In kurzer Zeit war alles fertig, in Holz geschnitten und mit Farben und Gold belegt. Der Rosenbusch blühte, die Lilien auch, die Madonna stand da in herrlichem Glanz, und hinter ihr der Garten im Frühling-grün.

Erfolg bestanden, können zum Zwecke der weiteren Ausbildung in Fachschulen, Werkstätten, Handelshochschule usw. Stipendien bewilligt werden. Die Mitglieder des Lehrlingspatronats erhalten für jede Sitzung eine Entschädigung von 2 Franken, desgleichen werden sie für besondere Funktionen entschädigt. Zur Durchführung des Gesetzes wird dem Gewerbeinspektor ein weiterer Gehilfe beigegeben. Die Nebentätigkeit der Vorarbeiten des Gesetzes wird mit Geld- oder Haftstrafe bestraft. Der Gesetzesentwurf bietet nicht nur mit der endlichen formellen Regelung des bisher ausschließlichen der privaten Vereinbarung überlassenen Lehrlingswesens einen Fortschritt, sondern auch mit zahlreichen Spezialbestimmungen, die ein schätzbares Stück Arbeiterschutz und Sozialpolitik darstellen.

Internationale Streikstatistik. Wenn auch im Monat März regelmäßig eine Belebung der Streikbewegung zu beobachten ist, so kam doch der starke Aufschwung im März des laufenden Jahres ziemlich unerwartet. In Deutschland, Frankreich und England zusammengekommen, begannen nicht weniger als 174 Streiks gegenüber 134 im März des Vorjahres. Die hohe Zahl der Streikfälle entspricht der Entwicklung des Beschäftigungsgrades ganz und gar nicht und ist nur darauf zurückzuführen, daß in Frankreich aus ganz besonderen Ursachen die Streikbewegung einen ausnahmsweise starken Umfang annahm. Nicht weniger als 97 Streiks mit 45 092 Beteiligten begannen hier während des März. Davon entfielen 22 mit 34 182 Beteiligten auf das Textilgewerbe. Mit Rücksicht auf die halbmonatliche Verkürzung der Arbeitszeit, die vom 1. April gesetzlich einzutreten hatte, verlangten zunächst die Textilarbeiter in Roubaix am 15. März eine Lohnerhöhung. Von Roubaix aus pflanzte sich die Bewegung nach Lille und Tourcoing fort. In diesen drei Städten nebst ihrer Umgebung werden etwa 140 000 Textilarbeiter gezählt. Gegen Ende des Monats streikten zuna 30 000 Arbeiter, deren Hauptforderung dahin ging, einen Kollektivvertrag zwischen dem Gewerkschaftsverband und den ebenfalls in einem Verbandsorganisierten Arbeitgebern sowie einen einheitlichen Lohnsatz zu erlangen. Die Bewegung endete im Anfang des April damit, daß die Streikenden teilweise Erfolg hatten. Zuerst nahmen die Arbeiter in Roubaix dann die in Lille die Arbeit wieder auf. Am längsten dauerte der Streik in Tourcoing. In England war entsprechend der ungünstigen gewerblichen Situation die Streikbewegung recht gering. An 14 Ausständen beteiligten sich 1305 Arbeiter, während im März vorigen Jahres die Zahl der Streikfälle 31, die der Beteiligten 9784 betragen hatte. In Dänemark führten schon seit längerer Zeit bestehende Differenzen zu einer umfangreichen Betriebsstilllegung im Schuhbindergewerbe. In Kopenhagen wurden zuna 1900 Gehilfen arbeitslos. Auch in den Provinzen machte sich die Bewegung bemerkbar. Entweder stellten die Arbeitgeber den Betrieb, oder die Gehilfen und namentlich die weiblichen Arbeiterkräfte die Arbeit ein. In Schweden fanden zahlreiche Streiks der Schuhmacher statt. Während des Jahres 1903 fanden in Schweden im ganzen 142 Arbeitsstilllegungen statt, an denen sich 24 474 Arbeiter beteiligten. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika war die Streikbewegung während des März in einzelnen Gewerben recht lebhaft. In vielen größeren Städten legten die Bauarbeiter die Arbeit nieder. Am lebhaftesten war die Ausstandsaktion in Newyork, wo Mitte März etwa 15 000 Arbeiter streikten, um höhere Löhne zu erlangen. Durch den Ausstand wurde fast die gesamte Posttätigkeit in Newyork lahmgelegt.

Der Landesorganisation der Gewerkschaften Schwedens, deren Repräsentantenkongress kürzlich in Stockholm ihre Jahresversammlung abhielt, gehörten am Jahresabschluss 48 920 Arbeiter an. Einschließlich der Mitglieder der nicht der Landesorganisation angeschlossenen Gewerkschaften beträgt die Zahl der organisierten Arbeiter Schwedens 79 822, während nach der offiziellen Statistik 306 544 Arbeiter in Industrie und Handwerk tätig sind.

Die Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes hat der Magistrat in Braunschweig dem Stadtverordneten vorgeschlagen.

Genosse Düwell von der „Arbeiterzeitung“ in Dortmund wurde von der Strafkammer wegen Verleumdung des Dr. Hellade zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in seiner Zeitung das Gerücht verbreitet, die Frau von Dr. Hellade hätte sich aus gewissen Gründen in den Hofen geworfen. Mehrere Dortmund Bürger, die das Gerücht weiter verbreitet hatten, wurden schon vor einigen Tagen vom Gericht mit entsprechenden Geldstrafen belegt.

Verhaftung Montagblatt. In einer Zusammenkunft der Vertrauensleute, des Arbeitervereins unter Führung der Gruppen- und Bezirksleiter des vierten Berliner Bezirks (IV) wurde nachfolgende Resolution

beschlossen und die Vertrauensleute beauftragt, dieselbe im „Vorwärts“ zu veröffentlichen und in allen Versammlungen des Bezirks zur Abstimmung zu bringen: „Die Versammlungen erblicken in der Herausgabe einer sozialdemokratischen Montagzeitung durch den Genossen Eduard Bernstein einen Vorstoß gegen die Interessen der Partei. Wir fordern daher die Genossen auf, die bezeichnete Zeitung weder durch Abonnement, noch Einzelkauf zu unterstützen.“ Diesen Beschluß begleitet der „Vorwärts“ mit folgendem Kommentar: „Zunächst ist nur festzustellen, daß Bernsteins Zeitung nicht ein Partei-, sondern ein Privatunternehmen ist. Da die Zeitung Bernsteins nicht als ein Konkurrenzunternehmen gegen andere Parteiblätter gelten kann, so könnte die Frage, ob die Zeitung parteischädlich ist, nur auf Grund ihres zukünftigen Inhalts aufgeworfen werden.“

Genosse Nationalrat Schwind in Oberwil (Kanton Baselstadt) ist am Donnerstag im Alter von erst 50 Jahren, nach mehr als einjähriger Krankheit, an einem Nierenleiden, von dem auch eine Operation die erhoffte Wirkung nicht brachte, gestorben. Genosse Schwind, der in Oberwil ein Parfumeriegeschäft betrieb, war namentlich auf genossenschaftlichem Gebiete in hervorragendem Maße tätig. Er gründete mehrere prosperierende genossenschaftliche Unternehmungen, so auch das Elektrizitätswerk „Wirsed“ in Oberwil. Bei seiner Förderung des Genossenschaftswesens berüchtlichte er besonders die Interessen des Kleinbauernums und drang den von ihm herausgegebenen „Basellandschaftlichen Bauern- und Arbeiterbund“ suchte er die Bauern und die Arbeiter einander näher zu bringen. Seit langen Jahren gehörte er dem basellandschaftlichen Landrat (Landtag) an, in dem er sich sehr um die Reform des Hypothekensystems bemühte. Im Nationalrat war er seit 1899. In dem Genossen Schwind verlor die Partei einen allezeit treuen, hervorragenden und begeisterten Vorkämpfer.

Das Ministerium Watson. Die Lebensgeschichte einiger Mitglieder des australischen Ministeriums der Arbeiterpartei ist nicht ohne Interesse. Der Premier- und Finanzminister John C. Watson begann, so lesen wir in der „Frank. Btg.“, seine Laufbahn als Seher in einer kleinen Zeitung in New Süd Wales. Als Zwanzigjähriger wurde er ein eifriges Mitglied der Trade Unions und predigte von Anfang an die Lehre, daß die Arbeiter ihre Lage nur dadurch bessern könnten, daß sie sich der „parlamentarischen Maschine“ bemächtigen. Bei den allgemeinen Wahlen von 1894 wurde Watson, der mittlerweile die Stelle eines Sehers mit derjenigen eines Journalisten vertauscht hatte, zum Abgeordneten für den Wahlbezirk Young gewählt. Man schrieb diesen Erfolg lediglich seinen persönlichen Vorzügen zu. Seit der Errichtung des Bundesparlamentes hat Watson stets in demselben gesessen. Als Vorsitzender des Sydney Trades and Labour Council hat er seinen Einfluß stets im Sinne der Rüstung und Gerechtigkeit geltend gemacht. Der neue Minister des Innern, W. R. Hughes, war früher Schneider in London. Nachdem er sich in Sydney niedergelassen hatte, schloß er sich den Trade Unions an und interessierte sich besonders für Schiffszugelegenheiten. Er ist vierzig Jahre alt und gehört dem australischen Parlament ebenso lange an wie Watson. Hughes gilt für einen ausgezeichneten Debatter. Der Attorney-General (Kronanwalt), H. B. Higgins, das einzige nicht zur Arbeiterpartei gehörende Mitglied des Ministeriums, soll der „Ball Mail Gazette“ zufolge radikalere Ansichten haben als alle übrigen neuen Minister. Als Mitglied des Parlaments von Victoria trat er entschieden für die Duren ein und verlor angeblich deshalb bei der nächsten Wahl seinen Sitz. Jetzt vertritt er Nord Melbourne. Er ist fünfzig Jahre alt und hat eine ausgedehnte Advokaten-Praxis. Der Minister für Handel und Zölle A. Fisher begann seine Laufbahn als Grubenarbeiter und gab dann ein kleines Wochenblatt, die „Truth“ heraus. Bei der Krönung König Edwards VII. war Fisher als Deputierter des Bundesparlamentes in London und wohnte der Zeremonie in der Westminster-Abtei in einem Sommeranlege bei. Der Minister für die Verteidigung, A. Dawson, war früher Goldgräber und stammt ebenso wie Fisher aus Queensland. Der Generalpostmeister Hugh Mahon war ein irischer Journalist, der vor etwa zehn Jahren nach Australien ging und dort verschiedene Zeitungen auf den Goldfeldern herausgab. Er trat entschieden für Föderation ein und wurde weiteren Kreisen durch einen Prozeß bekannt, der ihm gemacht wurde, weil er in seinen Blättern große Betrügereien an den Staatsbahnen enthüllt hatte. Das Gerücht sprach ihn frei. Hugh Mahon ist einer der wenigen Mitglieder der Arbeiterpartei, die wie den Trade Unions angehört haben. Er ist ein frommer Katholik und eifriger Hausvater. Man behauptet, daß er dem Kollegen Higgins die Bage halten soll, der ein entschiedener Orange-

mann ist. Der Vizepräsident des Federal Executive Council, A. G. Mc Gregor, zählt fast 60 Jahre und ist das älteste Mitglied des Kabinetts. Er war ursprünglich Arbeiter auf einer südaustralischen Schafzucht und verlor sein Augenlicht durch einen Unfall beim Holzhauen. Er ist blind, hat aber ein wunderbares Gedächtnis und ist ein guter Redner. Er genießt die Achtung aller Parteien.

Aus Nah und Fern.

Ein aufsehenerregendes Urteil fällt das Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps in Magdeburg. Angeklagt war der Arbeitssoldat Adolf Böhl aus Gollnow wegen Mordverlesung. In erster Instanz war er zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden, wogegen er Berufung einlegte mit der Begründung, daß er sehr nervös und öfter nicht Herr seiner Sinne sei. Tatsächlich mußte R. denn auch bald zur Beobachtung seines Geisteszustandes dem Lazarett überwiesen werden. Bald darauf fand die erste Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht statt, und Oberstaatsarzt Dr. Keller begutachtete, daß der Angeklagte zur Kategorie der Neuraastheniker gehöre, sehr erregt und reizbar sei und zur Zeit der Tat in einem krankhaften, unzurechnungsfähigen Zustande sich befunden habe. Daraufhin wurde plötzlich die Verhandlung abgebrochen, um die Kameraden R.'s als Zeugen laden zu lassen! In der jetzigen Verhandlung nun sollten elfte 15 Arbeitssoldaten befragt werden, ob R. sich am 22. Februar in einem krankhaft erregten Zustande befunden habe. Als vier Zeugen das hintereinander unter Eid bestätigten, verzichtete das Gericht auf die Aussagen der übrigen. Oberstaatsarzt Dr. Keller wiederholte sein Gutachten aus der ersten Verhandlung und bemerkte ausdrücklich, daß R. sehr reizbar und nervös sei, und daß bei solchen Personen das selbständige Beherrschen sehr erschwert sei. Als hierauf der Verteidiger R.'s den Sachverständigen fragte: „Halten Sie Arreststrafen für geeignet, bei Naturen wie der des R. die Nervosität zu steigern?“ antwortete der Sachverständige in lauter und energischer Weise: „Ja wohl!“ Trotzdem erklärte der Vertreter der Anklage, Oberkriegsgerichtsrat Fischer die Strafe von sechs Monaten für sehr niedrig und das Gericht verurteilte den Neuraastheniker trotz des ärztlichen Gutachtens und der Zeugenaussagen wieder zu sechs Monaten Gefängnis! Das Gericht erklärte in der Urteilsbegründung, die freie Willensbestimmung des Angeklagten sei trotz seines nervösen Zustandes nicht ausgeschlossen! — Zeugenbefragungen und ärztliches Gutachten sind danach offenbar als nebensächlich angesehen worden. Die Herren Offiziere trauen sich offenbar ein besseres Urteil über den Gesundheitszustand eines Soldaten zu als dem Oberstaatsarzt.

Bettenkofer, der berühmte Hygieniker, war sehr zerstreut. Es war der ständige Spott seiner Familie, daß er stets ohne Regenschirm heimkehrte. Darum war er besonders stolz, als er einmal von einer Reise nach England seinen Regenschirm glücklich wieder auf den Kontinent zurückgebracht hatte. Triumphierend telegraphierte er von Augsburg nach Hause: „Ich und mein Regenschirm kommen um die und die Stunde heim.“ Als er aber seine Wohnung betrat und das glücklich gerettete Gerät den Semigen voll Genugtuung vorweisen wollte, bemerkte er mit Schrecken, daß seine Hand leer war. Er hatte den Regenschirm im Telegraphenamt zu Augsburg stehen lassen.

Ein Verein geschiedener Eheleute hat sich in Wien gebildet. Den Saal der „Resource“ in dem die denkwürdige Vereinsgründung vor sich ging, füllten ungefähr 300 Personen, selbst die Galerie war von Versammlungssteilnehmern, die im Saale nicht hatten Platz finden können, besetzt. Die Damen waren in der Majorität. Auch am Präsidiatisch sah man eine Dame.

Streikende Rechtsanwälte. Schon seit geraumer Zeit warten zu Cattagione (Sizilien) infolge der wahrhaft unglücklichen Nachlässigkeit der Regierung eine Richter- und eine Assessorstelle auf ihre Neubesetzung. Da infolgedessen zwei Richter und ein Präsident die gesamten Straf- und Zivilprozesse, die in Cattagione in einem Jahre nach Tausenden zählen, allein zu erledigen haben, ist an dem dortigen Gerichtshof die fürchterlichste Wirrnis eingerissen und die Rechtspflege spottet natürlich jeder Beschreibung. Schon vor längerer Zeit hatten die Rechtsanwälte von Cattagione telegraphisch bei der Regierung um Abhilfe der kläglichen Mißstände nachgehakt, bekamen aber zur Antwort nur Verströmungen und Versprechungen, die sich natürlich nicht erfüllten. Die Rechtsanwälte haben daher beschlossen, bis zur endgültigen Beseitigung der Mißstände zu streiken.

Da Herr Bürgermeister kam und sah sich's an und fand es gut und sagte ja und nicht fremdlich dem Original zu und ihm sagte wohl auch ein wenig. Daß dann die Marschblöde vom Hofen herkommen. Und so fing der junge Kaiser an, seinem Vater die edelgütige Gestalt zu geben.

Draußen im Korridor arbeitete er ewig von früh bis spät. Und um ihn war Frühling und in ihm Frühling, und er grüßte es in vollen Hugen, das Glück, geliebt und nach seinem Sinne tätig zu sein.

Mütter war immer bei ihm und konnte sich wie ein Stab an allem, was seine kaiserliche Hand ins Leben zauberte.

Bei den ersten Schlägen herangeht, kam eines Tages auch die Mutter herbei, um sich die Arbeit anzusehen. Und je näher sie kam, um so leiser wurde ihr Schritt. Dann die Schläge hörten sich aus der Höhe auf einmal so fester an. Es waren keine Schläge mehr, sondern ein Prügeln wie von Rufen, ein schmerzhaftes Schreien, ein heftiges Zittern. Schnell eilte sie hinaus. Und völlig blind und taub, wie die lebenden Säulen aus einem Holz, stehen sie nicht, die sie vor ihnen stand. Entschieden haben sie aneinander. Aber ihr Schreien wurde zu Schreien, als sie sahen, wie sie gingen und kamen sich anrecht zu halten vermochte, — wie Fein und Angst ihre Füße entstellte, — wie die kläglichen Lippen erbleichten, um Mitleid zu finden, oder vielmehr, um den sich überfüllenden Gefühlsraum keine zu verlieren.

Er eilte hin zu ihr und weinte sie, als sie eben zu schlief.

— nur das nicht!“ Eher konnte ein Vater die Tochter ehelichen, oder ein Bruder die Schwester, als da sie. Laß von ihr ab, — ich bitte, — ich will's, — du mußt es!“

Sie stand wieder aufrecht vor ihm und sah ihn befehlend an.

Nahm dann Mütter bei der Hand, und schnell, als gälte es sie aus Lebensgefahr zu retten, zog sie sie mit sich fort!

Er war wie betäubt. Gebrochene Fremde hatte er erwartet, und jetzt auf einmal das! — Und wozu? Sie konnte ihm doch nicht sein Leben lang verweigern wollen? Warum! Es war die Ueberzeugung war, — sie mußte Zeit haben, um sich zu fassen! Nachher würde sie's schon von selbst zugeben!

An die Arbeit denn!

Er ergriff den Hammer, aber ließ ihn wieder fallen. Die Luft war hin. Der Platz neben ihm war leer!

Er nahm her in Holz geschlagenen Entwurf und suchte sich in den Abfall des Waldes zu vertiefen. Unmöglich. Die Schenkel waren ihr alle gefolgt. Unmöglich die zurückzuführen! Das Bild blieb eben Bild, alles war Holz und Sand und Farben! Weiter nichts!

Unruhig warf er's fort und ging in den Garten hinaus. Aber auch das Paradies war ihm auf einmal verfallen.

Der Sonnenchein brannte und plagte ihn jetzt, — die Farben schienen sich durcheinander, verließen das Auge und blendeten nur. Das Zwitschern der Vögel wurde auf einmal betäubend; — die Däpfe der Vögel wideren ihn an. — Alles war im Wog; alles, was vorher die Gedanken zu ihr, als Rückhalt des Geistes hingehalten hatte, beschwerte

sie jetzt und hinderte sie ihr nachzusehen und sie wiederzuerobern.

Wiederzuerobern, ja! Nur hingehen und nehmen, was ja doch sein war! Was hinderte ihn daran? — Er war ja in keinem Rechte! Mit der ganzen Welt hätte er um sie kämpfen mögen, — freudig hätte er's mit jedem aufgenommen, wer's auch sein mochte! Aber mit ihr, — mit der Mutter? Nein. Sie gewinnen, sie überreden, — überzeugen, — das eher, — das schon!

Aber er sah nicht klar, — er verstand sie nicht, ihre Angst, ihr Entsetzen waren ihm unfasslich!

Er warf sich im Graße am Rosenbusch nieder und grübelte und grub in der Vergangenheit nach Antwort. Suchte Erinnerung nach Erinnerung hervor, und in jeder Erinnerung suchte er die Mutter und fand sie auch und verstand sie.

Daß sie ihn von Anfang an wie ihren Angelpiel gehütet hatte und eifersüchtig allem entgegengetreten war, was ihn von ihr trennen konnte, war ja selbstverständlich, da er ihr Einziger war. Und ebenso, daß sie ihr Verwerfen aufbot, um für ihn alles zu sein, da er keine Geschwister gehabt hatte und auch den Vater nie gekannt.

Sie war ihm Mutter, Geschwister, Gespielin, alles. Und als es ihn danach verlangte, mit anderen Kindern zusammenzukommen, wußte sie geschickt sein Verlangen abzulenken und gab ihm gewissermaßen sich selbst zum Gespielen. Da entdeckte sie in ihm das schlummernde Talent und machte sich daraus einen mächtigen Bundesgenossen. Unerwähnt ließ sie neue Verlockungen und wußte es immer wieder zu zeigen.

(Fortsetzung folgt.)